

Völkischer Arbeiter- u. Portefeuller-Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Komp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdernstraße 10 b III

Vertriebspreis: 10 Pf. (Post) Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Die Tarifverhandlungen in der deutschen Lederverwarendindustrie.

Die vom 28. bis 30. April geflorenen Verhandlungen in Frankfurt a. M. für das Gebiet des Offenbacher Verbandsvertrages haben bis jetzt ein abschließendes Ergebnis nicht gebracht. Der Tarifamtvorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Eise gab sich alle Mühe, eine Verständigung herbeizuführen. Die Tarifamtbeisitzer liegen in den meisten Fragen den Vorständen im Stich und so kam es nur zu persönlichen Vorschlägen des Vorstehenden. Soweit die Arbeitszeit in Frage kommt, haben die Arbeitnehmer einen brauchbaren Gegenvorschlag gemacht und dürfte auf diesem Gebiete die Höhe der Prozente für Lieberstunden der einzige Streitpunkt noch sein. Das Tarifamt arbeitete die ganzen Streitfragen bis zu Ende auf. Es stellte sich jedoch bei Verkündung des Ergebnisses heraus, daß die Vollmachten der Arbeitgebervertreter erschöpft waren und mußten die Verhandlungen bis zum 14. Mai vertagt werden. Der Vertrag selbst wurde bis zum 18. Mai verlängert.

Vor Eintritt in die Verhandlungen gab Herr Dr. Craig bekannt, daß Herr Heitberg, der Vertreter des Rheinlandes im Tarifamt, plötzlich verstorben sei. Herr Heitberg war eine sehr geschätzte Persönlichkeit, welcher auch die Achtung der Arbeitnehmer in großem Maße besaß und konnten wir uns dem schmerzlichen Nachruf nicht anschließen.

Die Verhandlungen für das Bundesgebiet debattierten resolut auf. Bei der Erklärung der Verhandlungen fand jeder Vertreter des Vorstehers der Arbeitgeber auf seinem Platze. Herr Dr. Fürst gab eine sehr flüchtige Begründung für die 54-Stundenwoche; denn die Form, wie uns die Verlängerung der Arbeitszeit vorgelegt wurde, war wirklich nichts anderes. Deswegen sollen die Feiertage nicht mehr bezahlt werden. Unser Kollege Blum ging in längeren Ausführungen auf die in ultimativer Weise vorgelegten Forderungen der Arbeitgeber ein und lehnte einen Vertrag mit diesen elementaren Berücksichtigungen ab. Als Kollege Blum erklärte, daß er gar nicht daran denke, für das Berliner Gebiet einen schlechteren Vertrag abzuschließen als für das Offenbacher Gebiet, wuchs die Erregung auf Arbeitgeberseite, und nach einer getrennten Verhandlung erklärten die Arbeitgeber unter diesen Umständen die Verhandlungen als gescheitert. Diese Episoden sind in der Geschichte des Berliner Vertrages nichts Neues und gehören zum eiserernen Bestand. Für uns war bezeichnend, daß Herr Dr. Schmid bei den Verhandlungen fehlte, der angeblich krank sei. Für das Berliner Vertragsgebiet fürchten wir einen tariflosen Zustand nicht, auf die Dauer können allerdings Solche Teile nicht ohne einen Vertrag sein und müssen wir anderes Beter abwarten.

Es geht wieder vorwärts.

Wenn diese Blätter in die Hände der Leser gelangen, hat sich das Schicksal des deutschen Volkes auf längere Zeit hinaus wieder einmal entschieden. Wir sind leider nicht in der Lage, heute schon bestimmen zu sagen, nach welcher Seite hin das deutsche Volk sein Los gewendet hat. In einem Lande, wo die Parteienzerrüttung derartiger Umfang erreicht hat wie in Deutschland, muß man immer auf Ueberwägungen gefaßt sein.

Wenn man indes den Ausfall der diesjährigen Waisfeiern in Rechnung stellt, so ist unsere Hoffnung berechtigt, daß die deutsche Arbeiterschaft bei den Reichstagswahlen den Beweis erbringen wird, daß sie sich wieder im Gefundungsprozess befindet. Hoffentlich erbringt sie den Beweis dafür, daß ihre politische Reife doch größer ist, als es in letzter Zeit den Anschein hatte. Der Ausfall der Wahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg war bezeichnend genug. Hoffentlich haben die reaktionären Kräfte, die sich an diese Wahlen anschlossen, den

Arbeitern die Augen geöffnet, daß sie am 4. Mai ihre Pflicht getan haben.

Wenn man die Berichte über den Ausfall der Waisfeiern liest, dann allerdings darf man sagen, es geht wieder vorwärts. Aus allen größeren Städten Deutschlands wird berichtet, daß die Beteiligung überall außergewöhnlich stark war. Die Arbeiterschaft hat danach den 1. Mai in einem noch nie dagewesenen Umfange durch Arbeitsruhe gefeiert. Und mit geringen Ausnahmen nahmen die Feiern einen überaus würdigen Verlauf. Nur an einigen Orten ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Diese Zusammenstöße sind bedauerlich und können den Waisfeiergedanken nicht fördern, sondern im Gegenteil nur diskreditieren. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, den 1. Mai in Wäde als Staatsfeiertag zur Anerkennung gebracht zu sehen, dann müssen wir alles tun, damit unsere Waisfeiern einen würdigen Verlauf nehmen. Im großen ganzen ist das ja auch bereits der Fall.

Seinen großartigen Charakter und Verlauf hat die Waisfeier in Wien erlangt. In Oesterreich ist der 1. Mai Staatsfeiertag, ebenso in der Tschechoslowakei, dort herrscht bereits fast allgemeine Arbeitsruhe, der Tag wird durch gewaltige Massenmärsche imposant gestaltet. Aber auch dort bleibt das Bürgertum diesen Veranstaltungen noch fern. Dort wie hier will man nicht den Sinn verstehen und begreifen, warum die Arbeiterschaft am 1. Mai feiern will. In dieser Hinsicht sind uns die Bewohner anderer Länder, die man leicht in Deutschland als Vorbild anmerken und befolgen darf, wohl wertvoll.

So wird z. B. seit 1. Mai 1923 in sämtlichen Schichten Mexikos ein Aufruf verlesen, der im wesentlichen wie folgt lautet:

„Der 1. Mai! An diesem Tage begehen wir feierlich den Feiertag der Arbeiter, und auch die Jugend soll an diesem Tage in Liebe daran denken, die unglücklichen Arbeiter und um die Schaffung besserer Zustände zu arbeiten. Nichts würden Menschen ihre eigenen Namen, nicht das dürftige Heim, nicht die künftige Nahrung — wäre nicht die Arbeit, die die Werkzeuge schafft, um Häuser zu bauen, um der Erde ihre Schätze abzurufen. Ein Leben, bescheiden, aber auskömmlich, und Zeit, um das Schöne zu genießen — das ist, was die Gesellschaft jedem Arbeiter, der in ihr lebt, gewähren muß. Die Jugend soll die Arbeit verehren lernen als gewichtiges Werkzeug zur Erhebung des Menschen. Man hat die Arbeit, die heilige Macht des Menschen, herabgewürdigt, in den Staub getreten. Arbeit, das Werkzeug der Befreiung, wird gebraucht, um Menschen zu Sklaven zu machen. Die Anbahnung großer Besitztümer in der Hand einzelner zu ihrem persönlichen Vorteil hat die gesegnete Arbeit in eine leuchtliche Plage verwandelt. Arbeit schafft Reichtum, und so solcher Reichtum nicht zu Werken für das allgemeine Wohl verwendet wird und nur als Mittel dient, um dem Reichen die Befriedigung aller seiner Wünsche und Begierden zu gestatten, verdirbt er seinen Besitz und bringt ihn dazu, andere zu verderben, indem er sie ins Elend zwingt, das ihre Seelen mit Erbitterung füllt. Diese Ungleichheit weckt den Haß des einen gegen den andern und den Kampf zwischen ihnen. Der 1. Mai ruft die Erinnerung wach an so manchen Tag, an dem die Unterdrückten sich nicht damit zufriedengeben, die Löhne der von ihnen Ausgebeulerten herabzubrühen, sondern auch die Arbeiter, die es wagten, gerechtere Verteilung der Früchte ihrer Arbeit zu fordern, mit Gewaltmitteln unterdrückt und vernichtet. Seitdem wiederholen die Arbeiter der ganzen Welt an diesem Tag ihr Gebilde, nach gerechter Verteilung des Wohlstandes zu streben, so daß die Arbeit allen Menschen zugute kommt und allen Menschen den Fortschritt bringt. Und die Jugendlichen, die Söhne und Töchter von Arbeitern sind und die Arbeiter der Zukunft werden sollen, müssen sich verbunden fühlen dem Bauern, der den Pflanzentwurf, dem Maurer, der die Wände des Hauses aufrichtet, dem Mechaniker, der die Maschinen baut, dem Denker, der die Völker leitet. Darum ist der 1. Mai auch ein Feiertag der Jugend, weil er der Feiertag

der Zukunft ist. Mexikanische Knaben, mexikanische Mädchen, schenkt eure Liebe und eure Dankbarkeit den Arbeitern, die den Fortschritt der Welt erzwingen und eure Arme stärken für künftige Arbeit. Arbeit die Arbeit und entwürdigt sie nicht durch Selbstsucht. Arbeitet, nicht nur um euch selbst zu bereichern, arbeitet für das Wohl aller Menschen, und darum, daß die Welt von morgen besser wird!

Im „Vorwärts“ Nr. 204 macht auch Berta Jourdan unter dem Titel „Des Kindes 1. Mai“ recht beachtliche Ausführungen, wie man auch im Kindergemüt Freude erwecken und lichtvolle Erinnerungen an das Waisfest für spätere Jahre schaffen soll und auch leicht schaffen kann. Es will mir in der Tat so scheinen, als ob die Arbeiterschaft in dieser Hinsicht vieles verläumt hat, was unbedingt nachgeholt werden muß. Soll das Waisfest ein wirklicher Waisfeiertag für die Kulturmenschen werden, wie die Begründer desselben es zweifellos gewollt haben, dann muß schon jetzt die Vorarbeit begonnen werden, damit der nächste Waisfest den würdigen Verlauf nehmen kann, den wir erstreben.

Aus Frankreich wird gemeldet, daß die Beteiligung an der Waisfeier größer war, als man in den Kreisen der Gewerkschaften erwartet hatte. Die Feiern verliefen durchaus ruhig und würdig.

Ebenso imposant verliefen die Feiern in Holland. Durch Umzüge mit Musik, durch Kongerte und Kinderbeschäftigungen wurde der Tag festlich verbracht.

Die Waisfeiern in Belgien verliefen ebenfalls sehr würdig und imposant. Nur wenige Organisationen feierten am 1. Mai, weilwiese sind für Sonntag, den 4. Mai, Feiern angeht.

Um so mehr ist die Welt von der Kundgebung Macdonalds überrascht, der folgendes einmommen sei:

„Es ist mein alljährlicher Wunsch, daß an einem späteren 1. Mai der Völkerverbund das Parlament aller Völker geworden sein möge. Ich erlaube mir die Anregung, daß dieses große Ereignis am besten dadurch gefeiert werde, daß das erste Gesetz, das der Völkerverbund annimmt, den 1. Mai in Völkerverbundung mit allen Ländern zum Fest der Weltarbeitserklärung erklärt. Dieser Tag wird ein Fest zur Erinnerung an würdige Streikaktionen und ein Tag der Hoffnung auf die endliche Solidarität der Menschheit sein.“
Hoffen wir, daß sich dieses alles erfüllt mag.

Die Aussichten unserer Wirtschaft für die Zukunft.

In der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist im letzten Monat eine erfreuliche Besserung eingetreten. Es ist nur die Frage, ob es sich wiederum nur um eine kurze Scheitelpunkt handelt oder ob die Befreiung von längerer Dauer sein wird. Noch immer ist das Reparationsproblem und das Schicksal des Selbständigengutachtens ungewiß. Der Ausfall der Reichstagswahlen wird hoffentlich eine Klärung beschleunigen, die diesen unklaren Zustände ein Ende macht und das deutsche Wirtschaftsleben neu befestigt. Wir haben seit August 1923 Schwere durchgemacht, schwer doch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen an von 147 000 am 15. 8. auf 1 474 000 am 1. 12. 1923. Demoben arbeiteten aber noch 1 800 000 Arbeiter verlor. Die Zahl der Arbeitslosen, die keine Unterstützung bezogen haben, wird auf annähernd zwei Millionen geschätzt, so daß mit Einschluß der Familienangehörigen über ein Viertel der Reichsbefölkerung ohne festes Einkommen vegetieren mußte. Welchen Einfluß dieser Zustand auf das gesamte Wirtschaftsleben ausgeübt hat, das ist wohl noch nicht ganz aus dem Gedächtnis der Kollegen und Leser verschwunden. Die furchtbaren Wirkungen der Inflationszeit, wo jeder Tag, ja oft jede Stunde neue Kursrückgänge unserer Währung brachte, kann nicht so leicht vergessen werden.

Erst mit dem Augenblick, wo durch Einführung der Rentenmarktdrängung und der Goldbestäubung

wieder Kalkulationsmöglichkeit geschaffen wurde, trat auch auf dem Arbeitsmarkt ein Umschwung ein. Zunächst nahm die Zahl der Kurzarbeiter ab und bis zum 15. April ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen zurück bis auf 480.000.

Aber die Industriezweige sind an der Belebung sehr verschieden beteiligt. Gewisse Industrien, so die Textil-, Konfektions-, Schuh-, Möbel- und Lederwarenindustrie scheinen ganz besonders bevorzugt, was bei der Erzeugung der Warenausfuhr auffällt. Es ist schon bemerkt worden, daß durch die Rentenmarkwährung die Kaufkraft der Volksmassen neu belebt wurde, indem die Arbeitslosigkeit abnahm und der Konsum im Inland stieg. Ob dies aber lange genügt, um die Produktion in Gang zu halten, ist eine andere Frage. Die Geschäftswelt klagt über Mangel an Betriebskapital und es wird berichtet, daß, um dem abzuhelfen, wieder strotzende neue Billionenscheine gedruckt werden. Besorgniserregende Einbrüche erbält man auch, wenn man sieht, welche Massen von Luxusgütern in Deutschland, auf Grund der Stabilität der Rentenmark, eingeführt werden. Selbst die Unmenge von Süßbrühen, die zurzeit festgesetzt werden, scheint auf der Annahme zu fußen, als ob der jetzige Zustand so schnell wie irgend möglich unheilbar gemacht werden müsse.

Noch immer hängt die Klärung ansehend von der Haltung Frankreichs im wesentlichen ab. Bald hört man, die Entente möchte sich einig, daß Deutschland Kredite und eine Atempause in den Reparationsleistungen gewährt werden müssen, bis dann Poincaré die Stirn von neuem runzelt und erklärt, die Pfänder nicht aus der Hand zu geben, bis daß Deutschland gezahlt hat.

Inzwischen schweigt Frankreich geradezu in deutscher Reparationsstille. Aus Paris wird gemeldet, daß dort mit der Lichtkassette so verschwenderisch gewirtschaftet wird, daß damit allein ganz Berlin mit Licht versorgt werden könnte.

Wie gesagt, alles hängt davon ab, wie die deutschen Reichstagswahlen ausfallen, ob das Ausland Vertrauen fassen kann zur kommenden deutschen Regierung. Und davon wird auch die Entscheidung der Reparationskommission und der ausländischen Finanzmänner abhängen. Belegt es, das Vertrauen des Auslandes zurückzugewinnen, dann sind wir über den Berg von Hindernissen hinweg und unser Selbstvertrauen wird sich wieder festigen.

Der König der privalkapitalistischen Wirtschaft

In der Gedächtnisrede an der Bahre von Hugo Stinnes sagte der Geheimrat Hugenberg unter anderem: „Er war ein König unter uns — ein König in der Wirtschaft, nicht nur Deutschlands, sondern auch der Welt, in die seine nie müde Hand nach allen Richtungen ausgestreckt war, in der er ja überall vorhanden war. Er hat ein Leben geführt voll gigantischer Kraft.“ Hugenberg ist der Vorstehende der rheinischen Industriellen und man muß schon den Worten aus solchem Munde Bedeutung beimessen. Zweifellos hat Stinnes als Wirtschaftsführer und Vermehrer seines Volkes ein ganz außerordentliches Genie entwickelt, vor dem man Ächtung haben muß. Er hat Sachwerte zusammengetragen und in seiner Hand vereinigt in einem unerschrockenen Ausmaße. Man kann sagen: indem der Staat immer ärmer wurde, wurde Hugo Stinnes immer reicher.

Nun sagte Herr Hugenberg von Stinnes, aber auch er sei ein Deutscher, ein großer Deutscher gewesen. Vor nicht langer Zeit habe Stinnes in einer Unterredung geäußert: „Man hat doch nicht sein ganzes Leben geschafft, um Sachwerte anzuhäufen, um Geld zu verdienen. Wenn es mit diesem Beispiel vielleicht einem gelungen ist, auch anderen den Weg zu weisen, daß sie ein gleiches tun und damit einige feste Säulen in Deutschland aufrechterhalten, so hat man es schließlich doch deshalb getan, um einmal, wenn die Zeit gekommen ist, wenn es sich darum handelt, auf der Grundlage des Reichs unseren politischen Wiederaufstieg zu sichern, dann Opfer bringen zu können.“

Also, einmal gibt Stinnes hier zu, daß er Geld verdient und Sachwerte angehäuft hat. Er will es aber gelassen haben, um später für das Reich Opfer bringen zu können. Einem Loden soll man nur Gutes nachreden. Es muß aber doch daran erinnert werden, daß die Kapitalisten im allgemeinen auf den Ohren zu sitzen pflegen, wenn von ihnen Opfer verlangt werden. Die Kapitalisten sind es, die letzten Endes, um ihre wirtschaftliche Macht und ihren politischen Einfluß in der Weltwirtschaft auszuüben und zu festigen, die Wölfer aufeinander bestien in blutige Kriege hinein!

Auch hier darf man wohl sagen, wenn vom Opfer bringen die Rede ist: Die Botchaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Der Glaube an die Opferbereitschaft der Kapitalisten im Interesse des Vaterlandes Opfer zu bringen, ist im deutschen Volke äußerst schwach vorhanden. Es fehlt dafür an Beweisen. Der

Kapitalismus hat es bisher immer verstanden, das Opferbringen dem Volke zu überlassen.

Aber wir wollen gerecht sein und auch noch folgendes ausführen: Herr Hugenberg führt eine andere Unterhaltung mit Stinnes über politische Fragen an. Stinnes sagte da: „Mein Name ist in der politischen Welt ja ein schwerbelasteter. Es ist eigentlich wunderbar, daß es mir so gehen muß“ — er sagte es mit einer gewissen Bitterkeit — „denn es hat doch eigentlich wohl kaum jemand in Deutschland so viel getan, um unseren Volksmassen Arbeit zu schaffen, worauf es heute in Deutschland vor allem ankommt, wie ich es getan habe.“

Das letztere wird allerdings von den meisten, die Stinnes nur als Ausbeuter der Arbeiter größten Eils bewerten, kaum gewürdigt. Man sagt nun, das Volk habe im allgemeinen immer den richtigen Instinkt für Recht und Unrecht. Wenn er nun, wie Stinnes selbst es so bitter gefühlt hat, so verschrien war als Arbeiterfeind, dann müssen doch wohl Gründe dafür vorhanden gewesen sein. Leute aus Arbeiterkreisen, die persönlich mit Stinnes zu tun hatten, rühmen wohl seinen Weitblick als Wirtschaftler, konnten aber ein abschließendes Urteil über Stinnes, sein Wert und seine Ziele nicht gewinnen.

So schwant sein Charakterbild in der Geschichte; seine Stammesgenossen haben in ihm den König der Wirtschaft, die Arbeiter haben in ihm den König der

An die Beitragscheuen.

„Der Beitrag ist zu hoch, ich zahle nicht!“
So hört man diesen oder jenen sagen.
Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht.
Er will gewinnen, ohne was zu wagen.
Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid.
Der nicht als Gold in seine Tasche gleitet,
Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
Was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch, ich zahle nicht!“
Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet.
Ist es dir gleich, ob dein Verband zerbricht?
Ob deinen Schutz das Kapital vernichtet?
Dann kommt die Zeit, und wiederum wie einst
Die Wut wird ob deiner Ohnmacht böhnen.
Dann laßt der Wütel, wenn du klagst und weinst,
Dann wird er noch aus Küssen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch, ich zahle nicht!“
Kann man mit Männern, die dies Wort betreten,
Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen?
Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht,
Auch an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
Drum gilt es, Freund, im täglichen Geleht
Das Schwert der Tat mit Opferblut zu wehen.
„Metallarbeiter-Ztg.“

Ausbeutungskunst, der dem brutalen Unternehmertumstandpunkt am reinsten repräsentiert. Wir nehmen an, daß hier die Wahrheit in der Mitte liegt wird, jedenfalls ist mit Stinnes ein außergewöhnlicher Mensch dahingegangen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ widmet dem verstorbenen H. Stinnes einen Nachruf, heißt: „Der König der Spekulation“, in dem sie ihn in Gegensatz zu Walter Rathenau stellt, dessen kapitalistische Natur bewegt und gehoben wurde von seltenem Geistesadel, ehrlicher Vaterlandsliebe und dem Streben, der Menschheit einen Weg aus dem kapitalistischen Drangel zu schaffen. Er opfert bedenkenlos Behaglichkeit, Schaffensruhe und selbst die Wertschätzung seiner Standesgenossen. Die Erinnerung an Stinnes wisse nichts von dergleichen; sie steht ihn, wie er zur Einverleibung von fremdem Land und Erbschätzen treibt, in Belgien und Nordfrankreich Fabriken und Maschinen abzubauen und in seine Betriebe zu schaffen läßt, wie er der deutschen Befehlsmacht rät, fremde, unspädische Menschen zusammenzutreiben und nach Deutschland in seine Fabriken in wahrhaftige Leibeigenenschaft zu schleppen, wie er durch Wort und Tat und Unterlassung den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet herbeiruft und dann aus diesem namenlosen Anglied des Vaterlandes planmäßig Geiselnötigt zieht, wie seine Presse leden als Vaterlandsverräter brandmarkt, er selbst aber zu Düsseldorf um französische Bonjonekte gegen die Träger des Widerstandes wirt, wie er der Arbeitererschaft die Last des Krieges und des Friedens opferwillig getragen hat, den Achtstundentag nimmt und ihre ohnehin schwache Lebensmöglichkeit durch Massenlinderung und Lohnföhrung obkündigt, kurz wie Stinnes, „des Volkes Besten einer“, immer und immer Vaterland und Volk ins Anglied treibt und aus diesem Anglied bare Münze für die eigene Tasche und die seiner Klasse schlägt.

Wie müssen wir den Wohnungsbau fördern?

Jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter weiß, welche Macht eine Konzentration der Kräfte im Kampf um die Daseinsbedingungen bedeutet. Er weiß natürlich auch, daß die sichtbaren oder greifbaren Erfolge sich erst einstellen können, wenn zunächst die selbstverständlichen Vorbedingungen dafür geschaffen wurden. So kam z. B. erst Unterstützung ausbezahlt werden, nachdem vorher eine Zeitlang Verbandsbeiträge gezahlt wurden, von welchen ein gewisser Fonds aufgespart werden konnte.

Was hier für die Erlämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Voraussetzung ist, war auch maßgebend bei der Gründung unserer Arbeiterkonsumvereine. Diese Konsumvereine haben bekanntlich den Zweck, ihre Mitglieder mit guten preiswerten Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen zu versehen. Auch hier mußten erst Opfer gebracht werden durch Beitragszahlen und Anteilseinerwerbungen. Nach und nach wurden die Konsumgenossenschaften zu Produktionsgenossenschaften erweitert, die heute bereits eine sehr bedeutende wirtschaftliche Macht besitzen und viele Hunderttausende von Menschen beschäftigen. Selbst bescheidene Anläufe wurden von den Konsumvereinen unternommen, um auch zur Lösung der Wohnungsfrage beizutragen.

Um lebensfähig zu bleiben und um arbeiten zu können, braucht der Mensch vor allem auch eine gesunde Wohnung. Wie es in unserer gegenwärtigen Zeit in dieser Hinsicht aussieht, ist so allgemein bekannt, daß dazu kaum viel gesagt werden braucht. Die Wohnungsfrage verschärft sich mehr und mehr. Sie wird katastrophal, wenn die Hausarrieren ihr Ziel erreicht haben, daß die jetzt gesetzlich vorgeschriebene Mietzahlung aufgehoben wird und der Mieterleistung nichts mehr im Wege steht.

Um nun auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen treffen zu können, hat der RWB gemeinsam mit dem RWB-Bund (Angestelltenbund) und dem Allgemeinen Beamtenbund unter dem Namen „R e w o g“ eine Reichswohnungsfürsorge-Allianzgesellschaft geschaffen, deren Aufgabe es ist, die Interessen der minderbemittelten Volksschichten bei allen Behörden und sonstigen Stellen, die sich mit der öffentlichen Bautätigkeit befassen, zu vertreten.

Von der „R e w o g“ wird uns folgendes über die Art und Weise, wie das Ziel der Wohnungsbeschaffung erreicht werden soll, mitgeteilt:

„Wenn das Privatkapital heute mit diesem Schlage gegen die arbeitenden Volksschichten auslöst, dann zieht es seine Kraft für diese Diktatur aus der wirtschaftlichen Schwäche der Gehalts- und Lohnempfänger. Bekennen wir offen, daß wir zum Teil selbst Schuld daran sind, wenn wir uns wirtschaftlich nicht wehren können. Haben wir das Arbeiterkapital ebenso organisiert zum Kampf gegen das Privatkapital wie die Arbeiterkraft? Nein, wir haben auch heute noch nicht erkannt, daß das Arbeiterkapital eine lebendige Kampfkraft enthält und stecken es in den Strumpf, anstatt es durch die Hand gemeinwirtschaftlicher, von den Gewerkschaften kontrollierter Organe und Gesellschaften, in den Kampf gegen Ausbeutung und Würde zu werfen.“

Ihr werdet entgegenen: Wir haben nicht einmal einen Strumpf, geschweige denn Kapital. Gewiß, das ist eine ehrliche Antwort der wirklich Mittellosen und Kernsten. Unsere Aufforderung richtet sich aber nicht an die, die über wirtschaftliche Kampfkraft nicht verfügen, sondern an die, die in Arbeit und Brot stehen und sich für bestimmte Zwecke Entbehrungen auferlegen und Spargroschen zurücklegen. Aus Hunderten von Zuschüssen wissen wir, daß wohngünstige Gehalts- und Lohnempfänger die Absicht haben, sich für den Erwerb eines eigenen Heimes oder einer Wohnung oder zum Ankauf von Hausrat Spargroschen zurückzuliegen.

An diese Volksgenossen richten wir die Aufforderung, sich mit der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gegründeten „Reichswohnungsfürsorge-Allianzgesellschaft“ für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ (abgekürzt: Rewog) in Verbindung zu setzen.

Die „Rewog“ will auch beim Einparen des Kapitals behäftlich sein. Sie will auch dieses Kapital in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank treuhänderisch verwalten. Sie will es durch Zins und Zinseszins vermehren. Mehr noch, sie will dieses Kapital sofort nutzbar machen und in die Wohnungsherstellung stecken. Sie will es den privaten Unternehmern und privaten Banken entziehen und es zu einer wirtschaftlichen Macht gegen eure wirtschaftlichen Gegner werden lassen. Sie will mit diesem Kapital Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte bauen. Sie will auch euren eigenen Zielen und Wünschen näherbringen, indem sie die Schwäche des einzelnen zu einer Macht der Masse werden läßt.

Wollt ihr die Gemeinwirtschaft in der Wohnungswirtschaft fördern, dann müßt ihr auch eure Spargründen den Stellen zuführen, die für euch geschaffen sind. Wollt ihr euch Heim und Hausrat ersparen, so wendet euch an die „Kewoa“, Berlin S. 14, Inselstraße 6, und verlangt von ihr die Bedingungen, zu denen sie Sparkapital entgegennimmt und treuhänderisch verwaltet.“

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Reichsregierung hat die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen beschlossen. Die mit dem 5. Mai eintretende Erhöhung entspricht jedoch nicht entfernt den billigerweise zu stellenden Forderungen, denn die bisherigen Sätze sollen nur erhöht werden: um 22 1/2 v. H., 20 v. H. resp. 15 v. H. in den Wirtschaftsgebieten I, II und III. Bekanntlich stiftet sich auch die Erwerbslosenunterstützung nach den für die Staffeltung der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne geschaffenen drei Wirtschaftsgebieten. Das Gebiet I umfaßt den Osten, mit den infolge niedriger Lebenshaltungskosten niedrigeren Unterstützungssätzen. Das Gebiet III umfaßt im wesentlichen die bestellten Gebiete des Westens. Entsprechend den hier besonders hohen Warenpreisen hat dieses Gebiet die höchsten Unterstützungssätze. Die zwischen diesen beiden Gebieten liegenden drei fallen in das Wirtschaftsgebiet II. Um die bisher zwischen Gebiet I, II und III bestehenden Unterschiede in der Unterstützungshöhe nicht durch gleichmäßig hohe Prozentaufschläge noch stärker werden zu lassen, soll Gebiet I um 22 1/2 v. H., Gebiet III aber nur um 15 v. H. erhöht werden, während II um 20 v. H. steigt. Abgegeben von dieser bis zum Herbst 1923 unbekanntem Differenzierung nach den drei Wirtschaftsgebieten wird die Unterstützung noch nach vier Distrikten abgestuft (A, B, C, D/E), gleichfalls in Anlehnung an die Besetzungsordnung. Da außerdem noch nach Alter, Geschlecht und Jast der Angehörigen abgestuft wird, entsteht eine außerordentlich starke Differenzierung der Unterstützung, die dazu führt, daß vielfach Unfairheit über die Höhe der Unterstützung besteht. Es ist daher nachfolgend die wöchentliche Unterstützung für einige besonders typische Fälle berechnet. Es erhalten wöchentlich Rentenmark:

Wirtschaftsgebiet I (Osten)					
Distrikt	Bezieher unter 21 Jahre	Bezieher unter 21 Jahre	Bezieher über 21 Jahre	Bezieher über 21 Jahre	Bezieher über 21 Jahre
	mindestens	maximal	mindestens	maximal	maximal
A	2.64	3.04	4.50	5.00	5.70
B	2.46	1.92	4.20	3.36	5.34
C	2.28	1.80	3.90	3.12	4.98
D/E	2.10	1.68	3.60	2.88	4.62
Wirtschaftsgebiet II					
A	3.-	2.40	5.04	4.02	5.36
B	2.82	2.22	4.68	3.78	5.04
C	2.64	2.04	4.32	3.54	4.72
D/E	2.46	1.86	3.96	3.20	4.48
Wirtschaftsgebiet III (Westen)					
A	3.24	2.40	5.40	4.32	5.76
B	3.-	2.28	5.04	3.96	5.40
C	2.76	2.10	4.68	3.66	5.04
D/E	2.52	1.98	4.32	3.36	4.62

Dieses sind bereits die vom 5. Mai ab geltenden Sätze, also einschließlich der Erhöhung. Sie sind angesichts der Lebenshaltungskosten viel zu niedrig, denn sie bedeuten kaum die Meile und trockenes Brot. Ne von der Regierung beschlossene Heraushebung kann daher nicht als die Erfüllung der von den Gewerkschaften erhobenen Forderung gewertet werden. Nach wie vor steht die Regierung vor der Entscheidung, ob sie die von langer Arbeitslosigkeit Gepeinigten endlich zu unterstützen läßt, daß das Älterste von den Erwerbslosen genommen wird, oder ob der unabhärrige Zustand ausrecherhalten werden soll. Unter Anerkennung aller Schwierigkeiten der deutschen Volkswirtschaft, muß immer wieder erklärt werden, daß eine durchgreifende Unterstützung möglich ist. Schon heute zeigt sich, daß in sehr vielen Bezirken die Pflichtbeiträge die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge weit übersteigen. Wiewohl werden die Beiträge bereits herabgesetzt. Es liegen also noch sehr starke Reserven zur Unterstützung der Erwerbslosen bereit, die angespart werden müssen. Die geringe Unterstützung ist vortswirtschaftlich viel gefährlicher, als es die finanzielle Belastung durch höhere Aufwendungen ist. Es ist unmöglich, die Millionen von Menschen bei monatelanger Arbeitslosigkeit mit den wenigen Mark Erwerbslosenunterstützung zu ernähren. Sie gehen in Massen körperlich und seelisch zugrunde, sofern sie nicht anders einen unrentierlichen Ausweg aus dem Elend suchen. Dadurch wird das kostbare Gut der deutschen Volkswirtschaft, seine Arbeitskraft, vernichtet und unheilbarer Schaden angerichtet, der sich in kommenden Zeit furchtbar rächen muß.

Die Gewerkschaften werden daher den Kampf um die Erhöhung der Unterstützungssätze fortsetzen.

Aus unseren Berufskreisen.

In Breslau findet in der Zeit vom 13. Juli bis 20. August d. J. eine Ausstellung für Turnen, Sport und Wandern statt. Aus diesem Anlaß werden natürlich eine Menge von Sportveranstaltungen arrangiert, die ja in unserer Zeit an Beliebtheit kaum etwas zu wünschen übrig lassen.

Da vom 3. bis 6. August in Berlin die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft stattfindet, hat ja die gesamte Lederindustrie Gelegenheit, ihre reichen Mittel ins rechte Licht zu stellen.

An der Fachpresse wird zurzeit die Frage erörtert, ob die Sattlermeister mit den Autosesslern und Pächtern wieder Kontrakt abschließen können zur Instandhaltung der Geschirre. Kenner der Verhältnisse raten davon ab, weil einmal die Lederpreise fortgesetzt schwanken und die Güter die Geschirre sehr herabgewirtschaftet haben. Bei dieser Gelegenheit wird darüber geflagt, daß viel Pfuscharbeit gemacht wird. Eine Landwirtschaftskammer habe einen Menschen, der nur sechs Wochen gelernt hatte, als Sattler nach einem Gute hinausgeschickt. Diese Kontraktarbeiten sind auch nur ein Stück geistiger und wirtschaftlicher Ohnmacht, in der sich diese sogenannten „Meister“ noch befinden. Die Innungen scheinen hier nicht den geringsten Einfluß zu besitzen, um diese „Preisgabe“ ihrer Mitglieder zu verhindern.

Im allgemeinen lächeln diese Sattlermeister in bezug auf die Preisaufhebung für ihre Arbeiten von einer geradezu rührenden Unwissenheit zu sein. Sonst könnte die Preisprüfungsstelle in Berlin nicht schreiben: „Daß eine Nachprüfung der Preise für handwerkliche Leistungen sehr schwierig sei, weil der Handwerker keine geordnete Buchführung besitzt und weil die Geizhalsigkeit des einzelnen bei der Preisberechnung ein ausschlaggebender Faktor sei. Seltener sei der Handwerker umstände, eine selbständige Kalkulation aufzumachen.“

Man kann sich ungefähr vorstellen, wie ein ausgehender Handwert diese Unfähigkeit gegebenenfalls auszunutzen suchen wird. Die Notleidenden dieses rückständigen Zustandes sind selbstverständlich die Gehilfen und Beibringe solcher Meister in erster Linie. Denn so ungeeignet der kleine Meister auch dem „Herrn“ gegenüber ist, seinen Kunden gegenüber tritt er meist um so brutaler auf.

Unser Verband kommt leider viel zu wenig an diese Opfer rücksichtiger Zustände heran, die meist nur geringe Schadloshaltung auf ihren Lebensweg mitnehmen können und in ihren Verhältnissen auch sehr selten Bildungsmöglichkeiten vorfinden. Immerhin sollten sich unsere Ortsverbände auch um diese unglücklichen Berufsgenossen umsehen, wo es in ihrem Bereich liegt.

Zur Frage der Automobilleinfuhr ist zu berichten, daß die deutsche Regierung wohl nicht in der Lage sein wird, dem amerikanischen Drängen, das Einfuhrverbot aufzuheben, lange zu widerstehen. Die deutschen Automobilfabrikanten fordern bekanntlich, daß das Einfuhrverbot aufrechterhalten wird, mindestens verlangen sie eine Schonzeit, bis sie sich selbst auf die Herstellung billiger Wagen eingerichtet haben. Der deutsche Handel hingegen scheint die Aufhebung des Einfuhrverbots dringend zu fordern, weil sonst die hohen Preise im Inland nicht herabgesetzt würden. Die Aufhebung des Einfuhrverbots ist allem Anschein nach in Bälde zu erwarten. Für die in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter können daraus sehr bald Komplikationen entstehen, man hat daher alle Ursache, die weitere Entwicklung dieser wichtigen Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen. Neben den Stand der gegenwärtigen Behandlung der Automobil- und -ausfuhr durch die Außenhandelsstelle gibt dieser Lage folgende Notiz durch die Tagespresse:

„Ausfuhranträge für Automobile werden von der Außenhandelsstelle für Fahrzeuge bearbeitet. Die Außenhandelsstellen sind, wie man weiß, Selbstverwaltungskörper; sie werden durch Bevollmächtigte des Reichs geleitet. Diese Bevollmächtigten waren in der ersten Zeit im wesentlichen aus den beteiligten Industrien entnommen worden. Seiner der Außenhandelsstelle für Fahrzeuge ist seit 1920 Dr. Sperling, der zugleich geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Automobilindustrie ist. Die Bevollmächtigte der Außenhandelsstellen bewegen sich im engen Rahmen, die Verbindung zwischen dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr und den Außenhandelsstellen ist so eng, daß der Reichskommissar die Arbeit der Außenhandelsstellen in der Hauptsache kennt. Die meisten Außenhandelsstellen sind schon seit Oktober v. J. aufgelöst, die für Fahrzeuge ist aber wegen der schwierigen Lage in dieser Branche bestehen geblieben.“

Die Einfuhr von Automobilen ist vom Reichswirtschaftsminister im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik sehr beschränkt worden, insbesondere mit Rücksicht auf die Not an Devisen; es ist nur ein ganz bestimmtes Einfuhrkontingent für gewisse Länder zu-

gelassen. Diese geringe Einfuhr bedeutet keine Gefahr für die deutsche Automobilindustrie, die selbst gut beschäftigt ist und bereits zum Serienbau z. B. auch für kleine Typen übergeht. In 8 bis 10 Wochen werden einzelne Fabriken schon 50 bis 100, ja sogar bis 200 Wagen, je nach der Größe täglich herstellen können. Eine Kreditorganisation ist in Gründung begriffen, so daß man kleine Wagen gegen Anzahlung von 100 Rentenmark wird kaufen können. Infolge der Devisenverhältnisse kann aber die Einfuhr allgemein nicht zugelassen werden, zumal der Kreditmangel und andere Ursachen unserer Industrie eine übermäßige schnelle Umstellung verwehren.

Heute können die Autofabriken nur mit dreibis viermonatiger Lieferfrist liefern. Trotzdem wird man nicht eine große Zahl ausländischer Wagen hereinlassen, schon deshalb, weil es sich dabei vielfach um Spekulationskäufe handelt, die sich auf Kreditverprechen gründen, die aber zusammenfallen würden, wenn bar bezahlt werden müßte. Die Leistungsfähigkeit der Werke steigt von Tag zu Tag, in etwa 14 Tagen wird die Lieferfähigkeit sich bedeutend erhöhen, weil eine große Anzahl Händleraufträge annulliert werden, da die Zahlungsbedingungen nicht innegehalten werden können. Es wird nicht mehr wie früher gegen Akzept, sondern nur gegen Barzahlung geliefert. Infolge der steigenden Produktion wird schon in nächster Zeit der deutsche Bedarf umgekehrt befriedigt werden können.

In das bestellte Gebiet sind zu Ende v. J. außerordentlich viel Autos, besonders auch kleine Fordwagen gekommen. Diese Einfuhr kann die Reichsregierung nicht verhindern. Die anfängliche Begeisterung für diese billigen Wagen hat sich aber schon sehr gelegt, da man mit ihnen schlechte Erfahrungen auf deutschen Straßen und bei den Steigungen in Westdeutschland gemacht hat. Auch wird nicht mehr so wehrhaftig wie früher von diesen ausländischen Firmen Kredit gewährt. Das Herüberkommen dieser Wagen in das unbesetzte Gebiet wird dadurch mit Erfolg gehindert, daß im unbesetzten Deutschland alle Wagen, die nicht die vorgedruckten polizeilichen Zulassungszeichen tragen, beschlagnahmt werden.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 8. April lesen wir: „Ford als Großaktionär deutscher Automobilfabriken? Die „Financial Times“ wollen erfahren haben, daß der amerikanische Großindustrielle Henry Ford größere Pakete deutscher Automobilaktien erworben habe, und zwar zu Preisen, die weit über den jetzigen Börsenkurs liegen. Diese Interessentläufe, bei denen es sich um Aktienpakete von Benz, Schemba, Hanomag und Daimler handelt, sollen werden mit der Absicht Fords in Verbindung gebracht, die Majorität großer deutscher Automobilfabriken in seiner Hand zu vereinigen, um sie zu einem Automobiltrust zusammenzuschließen, der als deutsche Vertretung der Ford-Werte fungieren soll. — An maßgebenden deutschen Stellen wird diese Nachricht demotiert und sie scheint uns in der Tat unwahrscheinlich, da bekanntlich Ford mit den Berlin-Burger Eisenwerken für den Fall einer Einfuhrkontingents für Automobile ein Agenturabkommen geschlossen hat, das ein Aufkaufen von Automobilfabrikationsrechten erdörigen dürfte.“ Daß man in den Kreisen deutscher Automobilfabrikanten den Fordischen Konkurrenz mit großer Besorgnis gegenübersteht, haben wir bereits berichtet.

Krieg dem Kriege!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes übersendet uns zur Veröffentlichung folgendes

Kampffest an die Arbeiter aller Länder.

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit zum zehnten Male mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurückzusehen wird, an dem der erste Kanonen Donner den grauenvollen Massenmord des Weltkrieges antändigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewöl über der mit Blut und Tränen gedüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Rassen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagschrauben einer vom Machtwahnsinn erfaßten Kapitalisteneique umnebelt, mußten ihr Leben für die Blüge opfern, daß sie für die Demokratie und die ehnlügliche Befreiung der Menschheit von der Kriegsgewalt in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehabt hatten und fast verwirklicht glaubten.

Und schon rüsten die Staaten aufs neue zum Kampf.

Witternde sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenden Lötungs- und Vernichtungsmitteln. Die Welt weiß, daß ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenmächte-

